

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,



## Auf der Tagesordnung:

u. a.

**Einbruchkriminalität bekämpfen**

**Finanzielle Unterstützung von Parteien**

**Abfallentsorgung im Handwerk**

## Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen!

Auch wenn die Polizei in Niedersachsen jetzt schon so stark aufgestellt ist wie nie zuvor in der Geschichte, was z. B. die Kriminalstatistik, die Aufklärungsquoten und die vielen Polizeianwärterinnen und -anwärter belegen, so sehen wir als rot-grüne Landesregierung weiter Handlungsbedarf im Bereich der inneren Sicherheit. Bundesweit hat die Einbruchkriminalität erheblich zugenommen. Deshalb haben wir am Donnerstag erstmals über einen Antrag zur Bekämpfung dieser Kriminalität gesprochen. U. a. wollen wir noch mehr Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einstellen, um die Polizeipräsenz zu erhöhen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen (Bundes-) Ländern und Sicherheitspartnern wollen wir ausbauen. Zudem möchten wir präventive Maßnahmen im Bereich der eigenen Vorsorge stärker unterstützen. Die KfW-Mittel zur Wohnraumsicherung muss die Bundesregierung über 2017 hinaus weiter zur Verfügung stellen. Fest steht aber auch, dass die niedersächsische Polizei im Bereich der Einbruchkriminalität die gleiche Professionalität und die gleiche Konsequenz an den Tag legt wie bei der Bekämpfung aller anderen Kriminalitätsphänomene auch. Einen unzulässig verkürzten Rückschluss, wie die Opposition ihn zieht, dass die Polizei schlecht arbeite, nur weil die Einbruchkriminalität steigt, ist schlichtweg falsch. Sicherheit ist mehr als die

vom 1. bis 3. Februar hat der Landtag das erste Mal im neuen Jahr 2017 getagt. In dieser Ausgabe berichte ich aus der aktuellen Stunde, von einer ersten und von einer abschließenden Beratung. Außerdem haben wir über die sogenannten „Gefährder“ und über die neue Landeszentrale für politische Bildung gesprochen. In ganz Deutschland sind 570 „Gefährder“ bekannt, davon kommen 45 aus

Summe der Fallzahlen eines einzelnen Phänomens. 1993 wurden im Verhältnis zu 2015 doppelt so viele Einbrüche registriert. Panikmache ist also nicht nötig!

## Kein Steuergeld

### für verfassungsfeindliche Parteien!

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde in der aktuellen Stunde am Mittwochmorgen über die finanzielle Unterstützung von Parteien gesprochen. Anlass dafür war die Bundesratsinitiative unseres niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, welche den Stopp von staatlichen Zahlungen an alle verfassungsfeindlichen Parteien in Deutschland zum Ziel haben soll. Nachdem das Verfassungsgericht festgestellt hat, dass die NPD zwar eine verfassungsfeindliche Partei ist, aber aufgrund ihrer geringen Bedeutung nicht verboten werden muss, werden wir jetzt klare Kante gegen den Rechtsextremismus und -populismus zeigen: Auch in Zukunft werden wir weiter gegen rechtes Gedankengut kämpfen, das unsere Gesellschaft spaltet. Den Hinweis, den das Verfassungsgericht gegeben hat, dass der Gesetzgeber mit einer Grundgesetzänderung durchaus dafür sorgen könnte, dass Parteien wie die NPD in Zukunft nicht länger von der staatlichen Parteienfinanzierung profitieren, müssen wir nun nutzen. Staatliche Zahlungen an alle offen verfassungsfeindlichen Parteien darf es zukünftig nicht mehr geben. Wer Ziele gegen unsere Verfassung verfolgt, soll nicht auch noch mit Steuermitteln dabei unterstützt werden. Wie auch unsere Fraktionsvorsitzende Johanne Modder, bin ich deshalb Boris Pistorius sehr dankbar für den Anstoß den Grundgesetzartikel 21, das Parteiengesetz und das Einkommensteuergesetz zu ändern. Ich hoffe, dass die Initiative im Bundesrat

Niedersachsen. 17 der als potentiell verdächtig eingestuften Personen sind deutsche StaatsbürgerInnen, elf weitere haben eine doppelte Staatsbürgerschaft. Bei zweien wurde ein Asylgesuch abgelehnt, beide sind aber aktuell nicht ausreisepflichtig. Die neue Landeszentrale hat nun ihre Arbeit mit dem Slogan „Demokratie beginnt mit Dir“ aufgenommen. Ihr und Euer



breite Unterstützung aus allen Bundesländern erfährt.

## Zur Abfallverzeichnisverordnung (AVV)

Die FDP hatte beantragt, über eine Bundesratsinitiative zu fordern, die Änderung der AVV zurückzunehmen. Seit 1. Oktober 2016 müssen Dämmplatten, die mit dem Flammschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD) behandelt sind, als „gefährlicher Abfall“ entsorgt werden. Dabei handelt es sich vorwiegend um extrem leichte Wärmedämmplatten aus Polystyrol mit hohem Volumen. Problematisch ist, dass HBCD nur durch Verbrennung vernichtet werden kann, die geänderte AVV aber dafür gesorgt hat, dass es nicht genügend entsprechende Verbrennungsanlagen gab. Das führte zu einem erheblichen Anstieg der Entsorgungspreise, woraufhin das Nds. Umweltministerium schon im Juli 2016 einen Erlass herausgegeben hat, der die Betreiber von Verbrennungsanlagen unbürokratisch in die Lage versetzt hätte, ihre Anlagen umstellen zu können. Das ist aber leider nur bedingt geschehen. In meiner Rede vor dem Plenum habe ich deutlich gemacht, dass der Bundesrat deshalb am 16.12.16 beschlossen hat, die Einstufung von HBCD als gefährlichen Abfall für ein Jahr auszusetzen. Bund und Länder haben jetzt gemeinsam mit der Entsorgungswirtschaft ein Jahr Zeit, zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Hier kann es aber nicht nur um die Lösung von wirtschaftlichen Problemen gehen. An erster Stelle steht die Umweltverträglichkeit. Der Antrag der FDP war schon zum Zeitpunkt der Antragstellung entbehrlich, weshalb ihn die Regierungsfaktionen auch abgelehnt haben. Bei Interesse finden/t Sie/Ihr meine Rede zu diesem Thema auf meiner Internetseite [www.axel-brammer.de](http://www.axel-brammer.de).